

Rat 4.3. 2009: Beitrag zu TOP 8 Konjunkturpaket – Antrag zu Schulinvestitionen

Man kann geteilter Meinung sein, ob die Maßnahmen des Konjunkturpakets II den hochtrabenden Namen „Zukunftsinvestitionen“ verdienen. Sicher ist, dass ohne die Angst vor einem drastischen Kollaps der Wirtschaft die Regierung nicht einen Cent locker machen würde für Bildung und Infrastruktur der Kommunen. Es handelt sich in erster Linie um Subventionen für die Wirtschaft, weshalb ja auch nicht in Köpfe und Strukturen investiert werden darf, sondern quasi nur in „Steine“. Dafür sind übrigens ab 2012 zehn Jahre lang rund eine Million jährlich zurückzuzahlen – diese Summe fehlt in der Vorlage.

Umsomehr hält unsere Fraktion es für geboten, dass die Investitionen im Bildungsbereich auch zukunftsfähig sind und nicht nur Löcher stopfen. Die sogenannten „Rückstellungen“ der Verwaltung im Schulbereich, nämlich nicht in Hauptschulen, Dependancen, Schulpavillons und überhaupt in einzügige Schulen zu investieren, gehen in diese Richtung. Ich halte sie aber nicht für konsequent genug. Hier müssen langfristige Planungen Pate stehen bei sinkenden Schülerzahlen. Denn Investitionsentscheidungen heute sind immer auch Erhaltungsentscheidungen von Gebäuden für die Zukunft.

Die Debatte um notwendige Veränderungen des dreigliedrigen Schulsystems will ich hier gar nicht lostreten. Sicher ist aber, dass mit dem Sterben der Hauptschule neue Schulformen und auch mehr Gesamtschulen in der Zukunft unausweichlich sind. Deshalb sollten die Investitionen sich auf Gebäude konzentrieren, die sich für neue Formen auch eignen, und die entweder schon vierzünftig angelegt sind oder dafür entwicklungs offen sind nach ihrer Anordnung, Struktur und dem Gelände. Vier Züge sind das Minimum für eine weiterführende Ganztagschule mit differenzierten Angeboten und Abschlüssen.

Der Ausbau zu Ganztageseinrichtungen sollte ein weiteres Kriterium für die Investitionen sein. Die Halbtagschule hat sich überlebt und ist ein entscheidender Grund für die schlechten Pisa- und anderen Beurteilungen des deutschen Schulsystems.

Und schließlich sollte nicht das Gießkannenprinzip, möglichst alle Bezirke und Stadtteile gleich zu behandeln, Pate stehen, sondern die gezielte Konzentration auf sozial benachteiligte Stadtteile. Essen ist eine sozial geteilte Stadt. Die Kinder und Familien im Norden und inzwischen nicht nur dort haben moderne und differenzierte Sekundarschulen nötiger als im Süden.

Deshalb schlagen wir vor, dass über die weiteren Maßnahmen und Investitionen im Schulbereich nicht ausschließlich, aber schwerpunktmäßig nach diesen drei zukunftsbezogenen Kriterien geplant und entschieden wird und bitten um Ihre Zustimmung.